



Verfahren gegen Marco W. in Antalya vertagt

25.10.2007

Istanbul (AFP) — Im Missbrauchsprozess gegen den deutschen Schüler Marco W. in der Türkei ist weiter kein Ende in Sicht. Das Schwurgericht im südtürkischen Antalya verlängerte erneut die Untersuchungshaft des 17-Jährigen und vertagte das Verfahren auf den 20. November. Marcos türkischer Anwalt kündigten einen abermaligen Einspruch gegen die Untersuchungshaft an. "Wir werden Widerspruch einlegen", sagte der Jurist Mehmet Iplikcioglu. Sein Mandant werde bei der Fortsetzung des Verfahrens schon siebeneinhalb Monate hinter Gittern verbracht haben. Ein erster Einspruch der Verteidigung war vor wenigen Wochen abgeschmettert worden.

Die Staatsanwaltschaft wirft Marco W. vor, er habe sich im April in Side bei Antalya an der 13-jährigen Charlotte M. aus Großbritannien vergangen. Marco hat intime Kontakte zu dem Mädchen zugegeben, dabei aber betont, es seien Zärtlichkeiten auf beiderseitigen Wunsch gewesen. Charlotte spricht nach Angaben ihres Anwaltes Ömer Aycan dagegen von Vergewaltigung.

Aycan legte dem Gericht eine 160-seitige Abschrift der Aussagen von Charlotte vor, die in Großbritannien vernommen worden war. Das Dokument in englischer Sprache muss allerdings noch ins Türkische übersetzt werden.

Da es in der nächsten Sitzung am 20. November vor allem um eine Bewertung der Aussage von Charlotte gehen dürfte, kann Marco W. voraussichtlich frühestens kurz vor Weihnachten mit einem Ende des Verfahrens rechnen. Bei einer Verurteilung wegen Vergewaltigung hätte Marco als Minderjähriger eine Haftstrafe von etwa fünf Jahren zu erwarten.

Vor der erneuten Vertagung des Verfahrens hatte der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Günter Gloser (SPD), "ein deutliches Signal seitens der türkischen Justiz" verlangt. Auf der Internetplattform abgeordnetenwatch.de antwortete Gloser auf die Frage nach dem Handeln des Auswärtigen Amtes in der Angelegenheit, es sei manchmal dienlicher, diskrete Schritte zu unternehmen als eine Initiative öffentlich zu machen. Gloser betonte, sein Ministerium habe sich zwar in den Fall eingeschaltet, "aber unter Wahrung der jeweiligen innerstaatlichen Rechtsordnung".

Der Direktor des Essener Zentrums für Türkeistudien, Faruk Sen, bekräftigte unterdessen seine Kritik an den türkischen Behörden. "Es ist schwer erträglich, dass der Junge in dieser Weise Opfer einer offensichtlichen Hinhaltenaktik der Nebenklage sowie der Familie von Charlotte wird", erklärte Sen.

Gehostet von Google

Copyright © 2008 AFP. Alle Rechte vorbehalten. [Weiter »](#)